

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Richard Seelmaecker, Dennis Gladiator
Silke Seif, Birgit Stöver (CDU) und Fraktion**

Betr.: Verkehrsunterricht an Hamburgs Kitas und Schulen muss garantiert sein!

Kinder sind im Straßenverkehr besonders gefährdet, ganz egal ob auf dem Fahrrad oder zu Fuß, sie sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Die Zahl von Verkehrsunfällen mit Kindern (bis 14 Jahre) ist seit dem Jahr 2000 tendenziell rückläufig, im Jahr 2021 stieg die Zahl der Unfälle jedoch leicht um 1,9 Prozent auf 592 an, bei denen 419 Kinder (+40/+10,6 Prozent) verunglückten (siehe Verkehrsunfallstatistik Hamburg 2021). Bei der Vielzahl an großen und kleine Baustellen und der damit verbundenen Unübersichtlichkeit der Verkehrssituation sind viele Eltern in Sorge, ihre Kinder allein im Hamburger Straßenverkehr unterwegs sein zu lassen.

Damit Kinder sich möglichst sicher im unübersichtlichen Großstadtverkehr bewegen und ihre Eltern hierauf vertrauen können, findet an Hamburger Kitas und Schulen Verkehrserziehung statt, die von eigens ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei durchgeführt wird. Die Ausbildung zur „Polizeiverkehrslehrerin bzw. zum Polizeiverkehrslehrer“ (PVKL) erfolgt nach zweiwöchiger Hospitation mit Eignungsprognose bei der Verkehrsdirektion (VD). Sie erstreckt sich über insgesamt acht Wochen in Fortbildung bei der Polizei (in Zusammenarbeit mit der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB)) mit abschließender Lehrprobe an einer Hamburger Grundschule.

Die Zahl ausgebildeter Polizeiverkehrslehrerinnen beziehungsweise Polizeiverkehrslehrer liegt aktuell bei 68, etwas weniger als die Hälfte (25) ist in Teilzeit beschäftigt. Damit ist die Anzahl ausgebildeter Polizeiverkehrslehrer seit 2017 gesunken, als es noch 69 eigens ausgebildete Polizeiverkehrslehrer gab, von denen lediglich zwölf in Teilzeit angestellt waren. Zeitgleich ist die Anzahl der Hamburger Schülerinnen und Schüler kontinuierlich gestiegen. Das bedeutet: Immer weniger Polizeiverkehrslehrerinnen und -lehrer betreuen in Hamburg immer mehr Schülerinnen und Schüler.

Verkehrsunterricht ist in allen Schulformen beziehungsweise -stufen der allgemeinbildenden Schulen regelhafter Bestandteil des Unterrichts, gemäß § 5 Absatz 3 Hamburgisches Schulgesetz (HmbSG) ist Verkehrserziehung eines der neun dort benannten Aufgabengebiete. Gemäß § 37 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Grundschule und die Jahrgangsstufen 5 bis 10 der Stadtteilschule und des Gymnasiums (APO-GrundStGy) wird der Unterricht in den Aufgabengebieten in die Unterrichtsstunden integriert, die auf die beteiligten Fächer oder Lernbereiche entfallen (vergleiche Drs. 22/9137).

Obwohl der Verkehrsunterricht regelhaft an allen Schulformen stattfinden soll, kam es in der Vergangenheit zu Ausfällen der Verkehrserziehung, zum Beispiel an Schulen im Bezirk Altona. Hier mehrten sich die Beschwerden vonseiten der Eltern, sie wiesen darauf hin, dass ihre Kinder seit Jahren keinen Verkehrsunterricht erhielten. Der Senat erklärte in seiner Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage „Verkehrserziehung an Altonas Schulen – Ausnahme oder Standard?“ (Drs. 22/9137), die Ausfälle im Bereich der Verkehrserziehung seien auf temporären Personalmangel zurückzuführen. Darüber hinaus sei in den Jahren 2020 und 2021 aufgrund der COVID-19-Pandemie und

der damit verbundenen Schulschließungen der Unterricht an allen Hamburger Schulen ausgefallen. Es sei jedoch nicht geplant, das Personal im Bereich der Polizeiverkehrslehrer zu erweitern.

Vor diesem Hintergrund beantragt die CDU-Fraktion, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. dringend dafür zu sorgen, dass ausreichend Polizeiverkehrslehrerinnen und -lehrer zur Verfügung stehen, damit an Hamburger Kitas und Schulen regelhaft und verlässlich qualifizierter Verkehrsunterricht stattfindet;
2. dafür zu sorgen, dass ausgefallener Verkehrsunterricht schnellstmöglich in der ursprünglich geplanten Form an Hamburger Kitas und Schulen nachgeholt wird;
3. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2022 über die getroffenen Maßnahmen und die weitere Planung zu berichten.